

24.11.2017

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

turbulente Tage und Wochen liegen hinter uns. Für viele unerwartet hat die FDP in der Nacht vom Sonntag zu Montag die Sondierungsgespräche für gescheitert erklärt und damit die Bildung einer rechnerisch möglichen Jamaika-Koalition endgültig vom Tisch genommen. Die damit herbeigeführte politische Zwangspause ist mehr als bedauerlich. Wir als CDU haben deutlich gezeigt, dass wir regieren wollen und unser Land für vier weitere Jahre aktiv gestalten wollen. Ebenso klar hat sich aber auch gezeigt, dass sowohl die SPD als auch die FDP nicht regieren wollen.

Auch wenn ich an dieser Stelle noch nicht von Neuwahlen ausgehen möchte, ist diese Option nun auch nicht mehr ganz unwahrscheinlich. Die SPD bleibt bei ihrer—aus meiner Sicht schäbigen—Verweigerung einer Zusammenarbeit, hinter die sie sich bereits zehn Sekunden nach Verkündung des Wahlergebnisses zurückgezogen hatte. Das ist mehr als bedauerlich, war es doch seinerzeit unser Wunsch, die in vieler Hinsicht gute Arbeit der großen Koalition fortzusetzen. Das will die SPD nicht. Aber wie es aussieht steht sie damit aber nicht allein. Es scheint, als wollten alle zur Wahl angetretenen Parteien allein Oppositionsarbeit leisten. Eine stabile Regierung kann es aus meiner Sicht daher auch weiterhin nur mit einer starken Union geben.

Denn Erklärungen hin oder her—die Herausforderungen bleiben. Eines sollte auch klar sein: Die Welt wartet nicht auf Deutschland. Unabhängig davon, wie viel Zeit unsere Parteien am Ende für sich reklamieren, um sich in einer neuen, handlungsfähigen Regierungskoalition zusammen zu finden, bleiben die national und international zu bewältigenden Herausforderungen unverändert bestehen. Die Wählerinnen und Wähler erwarten zu Recht, dass wichtige Themen wie Flüchtlings- bzw. Zuwanderungsfragen, Pflegenotstand, Wohnungsbau, Energiewende oder auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur endlich entschlossen angegangen werden. Und das sind nur einige wichtige Themen. Ein Haushalt für 2018 muss aufgestellt und neue Investitionen im Bereich Wirtschaft und Infrastruktur auf den Weg gebracht werden.

Momentan geht es Deutschland wirtschaftlich so gut, dass man sich parteipolitisch solche Spiele scheinbar leisten kann. Überall auf der Welt wird Deutschland als Phänomen betrachtet, vor allem unsere

starke Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik würden vielerorts liebend gern übernommen. Es ist deshalb nur schwer vorstellbar, dass sich Parteien in einem schlechter gestelltem Land als dem unseren ihrer Verantwortung zur Regierungsbildung in vergleichbarem Maße verweigern würden. Aber auch bei uns gilt: Nur wenn Deutschland auch weiterhin politisch stabil ist, werden wir auch weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein und Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und einen Überschuss im Haushalt sichern können.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die nächsten Tage gestalten werden und zu welcher Entscheidung die Parteivorsitzenden am Ende kommen werden. Ich kann hier nur zur Besonnenheit raten. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler stets ein sehr gutes Gespür dafür haben, wer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und wer sich dieser lieber entzieht. Es wäre aus meiner Sicht jedoch fatal, wenn die möglicherweise kommenden Neuwahlen ähnlich instabile Verhältnisse hinterlassen würde, wie es nach der letzten Wahl der Fall war. Die Verantwortung dafür liegt ganz klar bei den Parteien und nicht beim Wähler. Nichtsdestotrotz kann Deutschland einen erneuten unsicheren Wahlausgang nicht gebrauchen. Deshalb werbe ich dafür, dass die CDU im Falle einer erneuten Wahl mit einem deutlich stärkeren Ergebnis hervorgeht, als dies zuletzt der Fall war. Die Bundeskanzlerin hat mittlerweile erkannt, dass sie bestimmte Dinge angehen muss und hat sich bereits zur Umsetzung eines Einwanderungsgesetzes, sogar mit Punkteregelung, einverstanden erklärt. Auch der Soli wird runtergefahren wenn nicht gar, wie von mir gefordert, gänzlich abgeschafft werden. Auch im Bereich Infrastruktur wird weiterhin viel investiert werden, was man auch in den letzten Jahren an den zahlreichen zwar nervenden, aber wichtigen Baustellen bereits sehen konnte. Am Ende liegt die Entscheidung erneut bei den Wählerinnen und Wählern. Ich persönlich werde, sollte es tatsächlich zu einem erneuten Wahlgang kommen, wieder mit vollem Einsatz bei der Sache sein.

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'A. Matfeldt'.

Zur politischen Lage nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen

Wir waren bei den Sondierungsverhandlungen am Sonntag nah an einer inhaltlichen Einigung, wir standen kurz vor dem Durchbruch. Wir hatten in zahlreichen Punkten Einigungen erzielt, die gut für unser Land gewesen wären. Nun ist es anders gekommen. Wir respektieren die Entscheidung der FDP, aber wir teilen sie inhaltlich nicht. Wir respektieren auch das Verhandlungsverhalten der Grünen, die sich teilweise weit bewegt hatten. Es ist nicht die Stunde für Schuldzuweisungen, die Bürgerinnen und Bürger werden sich selbst ein Urteil über dieses Wochenende bilden.

Viele Wählerinnen und Wähler sind heute enttäuscht, dass wir in dieser Sondierung nicht zu einem Kompromiss und zu einer Einigung gekommen sind. Am 24. September haben fast 47 Millionen Bürger gewählt und sie haben uns, ihren Repräsentanten, einen Auftrag gegeben, daraus eine gute Regierung für unser Land zu bilden. Der konsentrierte Verhandlungsstand vom Sonntagabend enthielt zahlreiche Unionspunkte, die gut für unser Land gewesen wären:

Paket für Familien

Verständigt hatte man sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und eine entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrages. Unstreitig war ebenso die Einführung eines Baukindergeldes. Eine Erleichterung des Familienalltags hätte der schon geeinte Rechtsanspruch zur Betreuung von 2,8 Millionen Grundschulkindern gebracht.

Pflege

Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode 5 Mrd. Euro pro Jahr für Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige beschlossen haben, hatten wir uns auf ein Sofortprogramm Pflege verständigt. Damit sollte u. a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege kommen.

Landwirtschaft und ländliche Räume

Hier bestand Einigkeit, die bäuerliche Landwirtschaft nicht gegen Aspekte des Tierwohls auszuspielen, sondern gemeinsam mit den Landwirten mehr zu erreichen. Wir wollten

hier nicht mit der Keule des Ordnungsrechts, sondern mit Anreizen arbeiten. Es bestand Konsens über eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich, die dem Ausbau von Ställen und sonstigen Bereichen der Landwirtschaft hätte zugute kommen sollen. Damit hätten wir auch den ländlichen Raum gestärkt: Denn alles, was gut ist für die Landwirtschaft, ist gut für den ländlichen Raum.

Soli-Abbau / Steuerentlastung

Wir hatten einen Abbau des Solidaritätszuschlags in der Weise angeboten, dass am Ende dieser Legislaturperiode rund $\frac{3}{4}$ aller Bürger keinen Solidaritätszuschlag mehr hätten zahlen müssen. Zudem bestand Einigkeit über eine Steuerreform zugunsten von Beziehern ganz kleiner Einkommen.

Wirtschaft/ Soziales/ Rente/ Ehrenamt

Wir waren einig, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 % zu deckeln und sowohl den Mindestlohn beim Ehrenamt als auch die Pflege zu entbürokratisieren. Wir waren uns darüber einig, Frauen mit einer kleinen Rente eine Aufstockung bis zur Grundsicherung so zu gewähren, dass sie dafür nicht zum Amt gehen müssen.

Innere Sicherheit

Geeint waren zusätzliche 7.500 Polizeistellen beim Bund sowie ein klares Bekenntnis dazu, durch mehr Videoüberwachung für mehr innere Sicherheit zu sorgen.

Außen- und Verteidigungspolitik

Hier bestand Konsens, dass wir weder in die eine noch in die andere Richtung eine Sonderstellung akzeptieren können, sondern Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt bleibt.

Auch FDP und Grüne hatten wichtige Vorhaben für sich verbuchen können. So hatten wir etwa ein Einwanderungsgesetz samt Punktesystem akzeptiert, was beiden Partnern wichtig war. Den Solidaritätszu-

schlag wollten wir insgesamt im zweistelligen Milliardenbetrag in oben beschriebener Weise abbauen, so dass am Ende der Legislatur $\frac{3}{4}$ der Bürger keinen Soli mehr bezahlt hätten. Im Bildungsbereich wollten wir einen Nationalen Bildungsrat, der analog zum Wissenschaftsrat tätig werden kann, ohne die Zuständigkeit der Länder für die Bildung in Frage zu stellen. Wir waren – was den Grünen wichtig war – beim Thema Klima und Energie zu Kompromissen und zu einer Reduktion der Kohleverstromung um 7 GW bis 2020 bereit. Wir hatten ein Hinweisgebegesetz und ein Lobbyregister akzeptiert und sogar, was sowohl FDP als auch Grünen wichtig war, statt der sog. Vorratsdatenspeicherung eine anlassbezogene Datenspeicherung einzuführen. Und schließlich waren wir sehr nah an einem vernünftigen Kompromiss in der Migrationsfrage, mit dem wir die Migration hätten besser steuern und begrenzen können.

Weil wir um unsere Verantwortung wissen, sind wir als Union, als geschlossene Einheit von CDU und CSU, weiterhin bereit, unserem Land eine gute Regierung unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zu stellen. Sie hat in den vergangenen vier Wochen erneut bewiesen, warum sie zu Recht seit zwölf Jahren an der Spitze der Bundesregierung steht und warum sie das Land weiter gut führen kann. Nun kommt es darauf an, dass sich alle politischen Parteien ihrer besonderen Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land und erst viel später an sich selbst denken.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer